

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühr für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 31. Mai 1924

Nummer 47

Zum Ergebnis der Tarifverhandlungen

I. Der abgeänderte Manteltarif

Als Ergebnis der vom 16. bis 25. Mai in Berlin stattgefundenen Verhandlungen der Gehilfenvertretung im deutschen Buchdruckergewerbe mit den Vertretern des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist zunächst festzustellen:

1. Der Achtstundentag bleibt nach wie vor tarifliches Gesetz. Das neben dem Manteltarif vereinbarte besondere Arbeitszeitabkommen, wonach je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes für Betriebe oder für einzelne Betriebsabteilungen Mehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich fünf Stunden, für Maschinenseher drei Stunden, angeordnet werden können, unterscheidet sich von dem bis 31. Mai gültigen Arbeitszeitabkommen dadurch, daß nur noch wirtschaftliche Bedürfnisse für die Mehrstunden maßgebend sein sollen, daß die bisherige völlige Ausschaltung der Betriebsvertretungen bei Einführung von Mehrstunden beseitigt und für diese Mehrstunden ein Zuschlag von 12½ Proz. des tariflichen Stundenlohnes zu zahlen ist.
2. Die bisherigen Abstufungen der Lohnklassen zwischen der Altersklasse C und B wurden von 10 auf 6 Proz., zwischen C und A von 20 auf 15 Proz. herabgesetzt; ferner sind die bisherigen Lohnunterschiede zwischen Verheirateten und Ledigen durchweg von 10 auf 6 Proz. ermäßigt worden.
3. Der bisherige Zuschlag für Maschinenseher von 7½ Proz. wurde verdoppelt und auf 15 Proz. festgesetzt.
4. Die Grundpositionen für das Berechnen im Hand- und Maschinensatz wurden von ihren bisherigen, durch die Inflationsperiode entstandenen Ungerechtigkeiten befreit und unter Beibehaltung einiger Verbesserungen im allgemeinen auf die Sätze des Tarifs von 1912 umgerechnet.
5. Verschiedene Zuschläge für Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie für Arbeitszeitverschiebungen usw. wurden erhöht.
6. Bei Arbeitsunfähigkeit infolge Betriebsunfall wird bei halbjähriger Geschäftszugehörigkeit der Unterschied zwischen Krankengeld und Tariflohn auf die Dauer von vier Wochen bezahlt.
7. Die Dauer einer Unterbrechung der Betriebszugehörigkeit wurde zwecks Anrechnung früherer Betriebszugehörigkeit zum Anrecht auf Urlaub von 8 auf 13 Wochen erweitert.
8. Dauernd volle Nachtarbeit soll nach Möglichkeit in bestimmten Zeiträumen durch entsprechende Tagesarbeit unterbrochen werden.

Im Vergleich zu den von Prinzipalsseite gestellten umfangreichen und einschneidenden Verschlechterungsanträgen können die erfolgten Abänderungen des Manteltarifs sich wohl sehen lassen. Denn sie bringen für große Teile der Gehilfenschaft manche beachtenswerte Erleichterungen, denen nur zwei Abänderungen des Manteltarifs gegenüberstehen, die von einem verhältnismäßig kleineren Teil von Kollegen je nachdem ein gewisses Opfer verlangen, indem deren Arbeitszeit bis 7 Uhr abends, statt wie bisher nur bis 6 Uhr zulässig sein kann. Zu beachten ist jedoch auch hier, daß der bisherige Zeitraum, in dem die regelmäßige tarifliche Arbeitszeit nach § 3 (Ziffer 2) von morgens 6 bis 6 Uhr abends zu liegen hatte, nicht erweitert wurde, sondern in allen Fällen, in denen von der Möglichkeit der regelmäßigen Arbeitszeit bis 7 Uhr abends Gebrauch gemacht werden soll, deren Anfang nicht um 6 Uhr morgens liegt, sondern

auch erst um 7 Uhr morgens. Es handelt sich hierbei in erster Linie um eine Berücksichtigung der Verhältnisse in Zeitungsbetrieben, die sehr oft von verkehrsrechtlichen Umständen abhängig sind und infolgedessen sowohl im Nachrichtenendienst wie im Postversand weniger Bewegungsfreiheit haben. Auf diese Verhältnisse ist es auch zurückzuführen, daß von Gehilfenseite die Berechtigung von Vereinbarungen über längere Pausen, als sie nach § 3 (Ziffer 13) mit drei Stunden für Zeitungsbetriebe zulässig sind, gegen Zahlung einer angemessenen besonderen Entschädigung anerkannt wurde. Das sind die einzigen Punkte, von denen man sagen könnte, daß sie als Konzession im Vergleich zum bisherigen Manteltarif zu beurteilen wären. Die neue Fassung des § 17, der hauptsächlich für die Drucker in Frage kommt, ist nur der Wortlaut, der schon im Dezember v. J. in Übereinstimmung mit den Druckervertretern in den Manteltarif aufgenommen werden sollte, jedoch durch das Scheitern der damaligen Tarifverhandlungen und die sich daraus ergebende Verlängerung des alten Manteltarifs in der Schwebe blieb. Die neue Fassung des § 17 bedeutet im wesentlichen eine redaktionelle Verbindung des gleichen Paragraphen im bisherigen Manteltarif mit der dazu gehörigen Protokollnotiz, die den Begriff „in der Regel“ erläuterte.

Im übrigen bleibt der bisherige Manteltarif unverändert und hat mit den schon bekannten Abänderungen Gültigkeit bis 31. Januar 1925, also auf die Dauer von acht Monaten. Aus den in Nr. 45 veröffentlichten Anträgen der Tarifparteien war zu ersehen, daß auf Prinzipalsseite große Verschlechterungsabsichten gehegt wurden, während die Gehilfenseite bestrebt war, in der Hauptsache frühere bessere Verhältnisse wiederherzustellen und verschiedene Ungerechtigkeiten im bisherigen Manteltarif auszumergen. Infolge dieser Gegenseite gestalteten sich die Verhandlungen von vornherein sehr widerhaarig und behielten eine fast unüberbrückbare Tendenz vom ersten bis zum letzten Verhandlungstage. Der größte Teil der Beratungen spielte sich in engeren Kommissionsberatungen verschiedenster Art ab und stellte an die Gehilfenvertreter oft Anforderungen, über deren Bedeutung wir im Interesse des gewerblichen Friedens und einer erstrebenswerten Aufwärtsentwicklung zunächst lieber schweigen wollen. Unsere Vertreter haben im Hinblick auf die gesamte gewerbliche Lage alles getan, was dazu beitragen konnte, die jahrzehntelange tarifliche Ordnung im Buchdruckergewerbe wieder auf eine gerechtere Basis zu stellen, während es die Prinzipalsvertreter nicht an ernststen Versuchen gegenteiliger Natur fehlen ließen. Im allgemeinen war auch diesmal wieder die Haltung unserer Vertreter von dem Wunsche geleitet, den Grundsatz des Reichstarifs insbesondere im Interesse der Provinzkollegen zu festigen, deren Bewegungsfreiheit in heutiger Zeit wesentlich eingeschränkter ist als früher. Die verhältnismäßig günstige Lage des Gewerbes, wie auch die umfangreichen Konflikte in den letzten Wochen kamen diesen Bestrebungen wesentlich zu Hilfe und drängte die Gegenseite von ihren hochstehenden Klänen immer weiter ab, so daß es trotz allgemeiner wirtschaftspolitischer Hindernisse auf dem Gebiete der Arbeitszeit- und der Lohnfrage, die sich wie ein roter Faden durch alle Verhandlungen über den Manteltarif zogen, schließlich doch gelang, der allzu durchsichtigen Ermattungsstrategie der Prinzipalsvertreter durch die einmütig erwähnten Verbesserungen des Manteltarifs Schritt für Schritt Abbruch zu tun.

Die Beratungen über die Lohnstaffelung gestalteten sich besonders feindselig. Während von unsern Vertretern eine Beschränkung der bisherigen sieben Lohnklassen auf drei unter Berücksichtigung der Differenzierung zwischen Verheirateten und Ledigen und als tarifliche Grundmaßstäbe die Lohnklasse A (Gehilfen bis zu 21 Jahren) gefordert wurden, verlangten die Prinzipale nicht nur

eine Erhöhung der Abschläge von einer Lohnklasse zu ändern und eine Erweiterung der Lohnspanne zwischen Ledigen und Verheirateten, sondern bleiben hartnäckig auch darauf bestehen, daß der sogenannte *Spitzenlohn* in hohem Ausmaß der Lohnabstufung bleibe. Wir haben in den letzten Monaten schon oft und eingehend darauf hingewiesen, in welcher Weise die Öffentlichkeit durch das fortgesetzte Hervorheben des „Spitzenlohnes“ der Buchdrucker von Unternehmerseite absichtlich irreführt wird. Die Absicht, dieses Täuschungsmanöver auch in Zukunft noch weiterzuführen, wurde von unsern Vertretern entschieden bekämpft. Es wurde klipp und klar nachgewiesen, daß von rund 68 000 Gehilfen nur für etwa 17 000 verheiratete Gehilfen der Lohnklasse O (über 24 Jahre) in allen Orten mit 25 Proz. Ortszuschlag tarifliches Anrecht auf diesen sogenannten Spitzenlohn besteht, während 75 Proz. der Gehilfenschaft sowohl nach den Altersklassen wie nach den Lohnunterschieden zwischen Verheirateten und Ledigen und nach den übrigen zehn Ortszuschlagsklassen mit niedrigeren tariflichen Löhnen zu rechnen haben. Trotzdem waren die Prinzipalsvertreter nicht davon abzubringen und lehnten jede „Systemänderung“ in dem vor Gehilfenseite vertretenen Sinne ab. Wie unberechtigt und irreführend dies ist, werden wir bei unsrer späteren Stellungnahme zum neuen Lohn-tarif noch eingehender beweisen.

Die mit der „Entlohnung und Lohnzahlung“ nach § 4 (Ziffer d) des Manteltarifs zusammenhängende Frage der *Ortszuschläge* wurde von Gehilfenseite ebenfalls durch entsprechende Anträge zur Beratung gestellt. Es befaßte sich mit dieser Angelegenheit eine besondere Kommission mehrere Tage, ohne jedoch zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Von unsern Vertretern wurde für eine größere Anzahl von Druckorten in den meisten Gauen eine Abänderung bzw. Erhöhung der bei der letzten Ortszuschlagsregelung festgesetzten oder herabgesetzten Zuschläge gefordert. Trotz aller Bemühungen unsrer Vertreter konnte jedoch auf diesem Gebiete kein Fortschritt erzielt werden. Die Prinzipalsvertretung lehnte jede Erhöhung ab und erklärte, daß sie den Erhöhungsanträgen der Gehilfenschaft Hunderte von Ermäßigungsanträgen der Prinzipale gegenüberzustellen hätte. Infolgedessen kam keine Neuordnung der Ortszuschläge zustande; lediglich für München und Stuttgart wurde in freier Vereinbarung für die Dauer des neuen Lohn-tarifs ein besonderes Abkommen getroffen.

Da wir das *Arbeitszeitabkommen* und den neuen *Wohntarif* in nächster Nummer noch einer besonderen Würdigung zu unterziehen beabsichtigen, wollen wir es zunächst bei diesen kurzen Ausführungen über die Abänderungen des Manteltarifs bewenden lassen. Der abgeänderte Manteltarif ist besser als der am 31. Mai abgelaufene. Gegenüber dem Ansturm des gesamten Unternehmens auf die Tarifverträge und alle Arbeiterrechte, ein Ansturm, in dem auch der Deutsche Buchdrucker-Verein nicht an letzter Stelle stehen wollte, können wir ohne jede Überhebung sagen, wir Buchdrucker haben diesem Ansturm trotz einiger Einbußungen im allgemeinen besser standhalten können als viele andre Arbeitergruppen. Unsere mehr föderative (d. h. hilfsähnliche) als starre Organisation birgt eine gewisse Sicherheit vor doktrinären Zerfetzungs-gesahren, die wir auch in Zukunft zu erhalten suchen müssen, wenn wir weiter und höher kommen wollen. Es ist im Laufe der ersten Verhandlungstage bei den hinter uns liegenden Tarifberatungen auf Prinzipalsseite mehrmals versucht worden, die Faltung und die Forderungen unsrer Vertreter als rein politisch zu stempeln; doch scheiterten alle diese Versuche an der wirtschaftspolitischen Auffassung aller Dinge unsrer Vertreter, denen es nicht schwer fiel, solche Tendenzen an der Hand diesbezüglicher Beweise als Herrtümer zu kennzeichnen. Und zweifellos hat diese realpolitische Wertung und Verfechtung unsrer gewerkschaftlichen Aufgaben nicht wenig dazu beigetragen, daß man nach und nach auch auf Unternehmenseite erkannte, daß es besser ist, sich mit der Gehilfenschaft im Buchdruck-gewerbe in freier Vereinbarung zu verständigen, als wiederum das Reichsarbeitsministerium als Geburtshelfer für einen Wechselhaß von Manteltarif usw. anzurufen, der weder bei der Gehilfenschaft Achtung erwecken, noch dem Gewerbe zum Segen dienen könnte.

Arbeiterchaft und Stabilisierungskrise

Die Tarifberatungen im Buchdruckgewerbe über die Tarifgestaltung in Dreifachberatung stehen so sehr im Vordergrund für unsre Berufsgenossen, daß die gleichzeitigen bedeutungsvollen wirtschaftspolitischen Vorarbeiten nicht noch daneben die Aufmerksamkeit finden können, die sie in jedem Betracht für die Arbeiterchaft zu beanspruchen haben. Dennoch müssen wir auf einiges schon eingehen, ehe die Tarifverhandlungen vollständig im „Stor.“ anzuweitert worden sind, da ja die kritischen Erscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben

auch in den Beratungszimmern auf dem Hollendorfsplatz durch Lautsprecher deutlich erkennbar wurden. Bei dem unbedingten Erfordernis unsrer Zeit, alles in den Zusammenhängen zu sehen und für alles ein verständigmäßiges Urteil zu besitzen, werden wir also die Aufmerksamkeit unsrer Leser noch einige Male auf Dinge lenken, die für die Arbeiterchaft durchaus nicht die Geltung haben, wie es bei unbeteiligten Zuschauern der Fall zu sein pflegt.

Die Kapitalnot und die Kreditkrise, die gegenwärtig von einer schweren Krise des Wirtschaftskörpers Zeugnis ablegen, können und müssen den Übergang zur wirklichen Gesundung der deutschen Wirtschaft bilden, wenn der richtige Arzt den ungebärdigen Patienten nicht um eine Achteipetiv von seinen Vorschriften abweisen läßt. Der resolute, diagnostischere Arzt ist in dem neuen Reichsbankpräsidenten vorhanden. Das hat Schacht mit seiner Hamburger Rede vor dem Hansabund am 26. Mai wieder bewiesen, mit der er unerschrocken wie immer den Dingen herabhaft zu Leibe ging. Der vielköpfige Patient, deutsche Wirtschaft, seiheken, will noch nicht in allen seinen Gliedern dem Arzt folgen. Er möchte Quacksalberei angewandt wissen, wo nur radikal durchgeführtes Naturheilverfahren dem ganzen Organismus nützen kann. Viele Industrielle und Kaufleute haben eben immer noch nicht die üblen Angewohnheiten aus der Inflationszeit abgelegt. Die modernen Geschäftsklitten der Überteurung und der Überlistung haben den deutschen Kaufmann — den großen wie den kleinen — um seinen Ruf gebracht, und wenn die gegen Schachts gesunde Reichsbankpolitik sich noch aufbaumenden Kreise der deutschen Wirtschaft nicht bald auch sich zur Überwindung ihrer moralischen Krise bequemen, kann der von der skandalösen Inflationszeit zurückgebliebene Sumpf mit seinem unheimlichen Gestank das deutsche Volk zur Selbsthilfe treiben.

Aber Schacht ist Gott sei Dank kein Havenstein, mit dem die Inflationspolitik alles machen konnten. Das deutsche Volk kann sich glücklich preisen, daß der Ansturm der Deutschnationalen und des Reichsbankdirektoriums, Heißerisch zum Nachfolger des abgewirtschafteten Havenstein zu machen, von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert im vergangenen Herbst abgeblasen worden ist.

Schacht hat gewiß erst manchen Widerstand im Reichsbankdirektorium überwinden müssen, bis er mit der richtigen Kredit- und Geldpolitik der Reichsbank durchdringen vermochte. Jetzt mit der Kreditdrosselung hat er den Gesundungsvorsprechenden Weg beschritten. Er hat es rundweg abgelehnt, dem ihm gemachten Ansinnen, eine „milde Inflation“ wieder zuzulassen, Folge zu geben. Die deutsche Wirtschaft ist gerade durch die Inflation so verpumpt worden. Je weniger Ware, desto mehr Händler, war lange Zeit Grundsatz in der deutschen Wirtschaft, die eine ungeheure Aufblähung erlitten hat. Die Fallorganisation in Industrie, Handel und Bankwesen war ganz offensichtlich geworden. Nach allen Grundfäden der Vernunft und der Moral müßte nicht nur für die Arbeitnehmer- und die Verbraucherschaft nun die Parole lauten: Nie wieder Inflation! Aber da halt es aus.

Die deutsche Wirtschaft hat es meisterlich verstanden, die Kosten der Umstellung auf Goldmark durch Lohnreduktion und Arbeitszeitverlängerung auf die Arbeitnehmerchaft und durch hohe Preise auf die Verbraucherchaft im allgemeinen abzuwälzen. Jetzt haben wir der Inflationskrise zweiten Teil: die Stabilisierungskrise. Da möchte es nun nach „bewährtem Rezept“ nochmals so gehen. Aber das darf nicht geschehen! Wir haben Abbau auf allen Gebieten erlebt. Rücksichtslos wurden operative Eingriffe vorgenommen. Die riesenhafte Arbeitslosigkeit infolge der ausschweifenden Inflation war für die Arbeiterchaft eine noch schlimmere Geißel als der Lohnruhr. Nun muß an den Abbau der vielen, vielen unwirtschaftlichen Betriebe, an die Entfernung der „falschen Kosten“ (Einrechnung von Inflations- und Verzinsungsrisiken usw.) in der Kalkulation und an den Preisabbau herangegangen werden! Es führt kein andrer Weg nach Kühnacht. Schacht hat ihn durch die Kreditdrosselung endlich beschritten. Die bisherige Kreditpolitik war falsch.

Zusammenbrüche von Unternehmungen sind da nun unvermeidlich, es haben solche auch schon größeren Umfangs stattgefunden. Sie werden sich mehren, wenn die Mogelet mit dem Stellen unter Geschäftsaufsicht von der Geschäftswelt selbst mehr als gegenseitiger Betrug anerkannt wird; nicht nur für zahlungsunfähige, sondern auch für zahlungsunwillige Elemente ist die den offenen Bankrott verschleiende Geschäftsaufsicht ein Zukunftsmitel. Die allwissenden Neugründungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit wollen sich meistens auch auf Kosten ihrer Arbeiter und Angestellten am Leben erhalten durch niedrige Löhne und verlängerte Arbeitszeit. Arbeitslosigkeit wird durch die erst noch richtig kommende Krise wie in den Gründjahre (nach dem deutsch-französischen Kriege 1870/71) zunächst in größerem Maße entstehen, aber sie wird nicht den Anfang annehmen, wie es die nach der Arbeiterseite nun wieder am meisten ausschlaggebenden, unliebsam aufgeschobenen Konjunkturpolitik auf die Dummheit der Masse prophesieren. Es wird auch zu härteren Abwehrkämpfen gegen Verschlechterungen kommen. Wirkliche Proben davon erleben wie ja schon jetzt.

Durch den — wenn Schacht nicht locker läßt und sich auch gegen eine noch mehr rechts gerichtete neue Reichsregierung durchsetzt! — mit mathematischer Sicherheit kommenden namhaften Preisabbau wird jedoch die Arbeiterschaft nicht so in Mitleidenenschaft gezogen werden, als Absicht einerseits und Befürchtung andererseits besteht. Ob die Isolationen oder skrupellos operierenden verwöhnten Verdienertreife es wollen oder nicht: ihr milderer Kampf gegen den Preisabbau wird durch die Kreditbrosselung zu ihren Ungunsten ausgehen! Die Blut-sauger von gestern werden morgen vom Volke zur Ader gelassen werden — einmal gerechte Wiederaufmachungspolitik.

Das Kleben an der Ware wird nun aufhören. Die Flucht aus den Sachwerten muß kommen. Der Preisabbau kann nicht wieder schnell aufzufangen werden, wie es nach dem ersten Stadium der Goldmark der Fall war. Auf der einen Seite keinen Kredit, auf der andern keinen Abfall, weil die Kaufkraft der Massen infolge der zurückgeschraubten Löhne an den hochgeschraubten Preisen sich in verblutet hat, das halten nicht einmal solide Unternehmungen aus, geschweige denn die un-abzähligen faulen Geschäftsarrangements. Die außerordentlich starke Absatzkrisis in der Textilbranche hat schon gezeigt, wohin die gerade dort widerwärtig sich ausprägenden modernen Geschäftsitten führen. Der Preissturz auf dem Säute- und dem Ledermarkt ist schon vor Wochen groß gewesen. Der Rückschlag davon bis herab auf die Überpreise der braun und wieder mitwuchernden Schuhmacherinnungen kann nicht ausbleiben. Die Kauffähigkeit des Inlandes liegt jetzt völlig daneben, und der Export kann sich nicht heben, wenn man in der Welt weiß, daß Deutschland das teuerste Land bei den niedrigsten Löhnen ist. Die ganze Goldmark- und Anleihepolitik von Schacht ist für die Ras, wenn er mit dem verfluchten Verdieneregoismus nicht aufzuräumen vermag. Aber man rechnet ja schon damit, daß diejenigen, die ihre Waren wie eine Mutter ihr Kind verteidigen, über kurz oder lang gezwungen werden, sie zu Schleuderpreisen zu veräußern.

Preisabbau oder Stilllegungsaktionen, das sollte gar keine Frage sein; für alle diejenigen Großen, Mittleren und Kleinen, die aus eigenem Profitinteresse von der dringend notwendigen Reinigung der deutschen Wirtschaft nichts wissen wollen und damit aus privatwirtschaftlichem Eigennutz die vielberufene Hebung der Produktion hinterziehen, ist es aber eine Hamletfrage. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte haben jetzt einmal wieder Bereitschaftsdienst einzurichten, damit beim Wiederaufkaufen der Stilllegungsabfichten auf allen gesetzlichen und gewerkschaftlichen Wegen mit Gegenaktionen eingeleitet werden kann. Darüber sind in der vorigen Nummer ja schon praktische Hinweise aus der Feder des Kollegen Bäter (Münchberg) erschienen. Im Reichstage aber hat die Vertretung der Arbeiterklasse dafür zu sorgen, daß die Lasten des Dawes-Gutachten nicht wieder die Schultern der Schwerverdiener schonen. Die Kommunisten werden da bald zu bemerken haben, ob sie die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten vermögen. Diese sind stark auf Preis- und auf Lastenabbau gerichtet.

Der Preisabbau wird in dem Maße schneller kommen, als im Barometer der deutschen Wirtschaft es heftiger brodeln. Schacht muß seine Zange noch kräftiger ansetzen und der „Wirtschaft“ noch mehr Klar machen, daß der Produzent wieder den Verbraucher notwendig hat. Das sehr modern gewordene Schimpfen auf die Juden, die jetzt an allem schuld sein sollen, ist so lange Heuchelei, bis die deutsche Wirtschaft nicht allgemein zeigt, daß sie zur Beseitigung aller Parasiten wie zum Einstellen des Betruges der eignen Volksgenossen tatbereit ist. Nach dem Reichsindex für die Lebenshaltung ist die Preissteigerung noch bis zum 14. Mai gegangen. Es ergeben sich folgende Wochenziffern für die Kosten der Lebenshaltung: am 7. Januar das 1,136Millionenfache, 11. Februar 1,03, 18. Februar 1,04, 25. Februar 1,05, 3. März 1,06, 17. März 1,07, 9. April 1,11, 23. April 1,13, 30. April 1,14, 14. Mai 1,16, 21. Mai 1,15. Mitte Mai wäre also die Wendung nach unten eingetreten. Der amtliche Großhandelsindex zeigte am 13. Mai schon Rückgang um 1,1 Proz., am 20. Mai betrug der Rückgang 1,3 Proz. Der auf 107 Waren führende Großhandelsindex des „Berliner Tageblattes“ erbringt schon für die Woche vom 6. bis 14. Mai einen Rückgang von 1,8, in der Woche vom 14. bis 21. Mai aber nur von 0,6 Proz. Wichtig dabei ist, daß die Gruppe Lebens-, Futter- und Genussmittel in der vorangegangenen Woche Rückgang um 5,7 Proz. und in der vergangenen um 3,9 Proz. aufwies. Die industriellen Fertigfabrikate dagegen stiegen noch um 0,9 Proz.; auch Textilien, Säute und Leder bekunden mit 0,1 Proz. Steigerung noch den Widerstand von sehr auf das Verdienen verübenden Produzententreifen gegen den Preisabbau. Daß die der Not gehorchend, nicht dem eianen Triebe folgend, unter heftigen Stößen sich vollziehende Wendung der Preispolitik auf unsere jüngsten Tarifverhandlungen einen gewissen Einfluß ausübte, läßt sich um so eher behaupten, als namentlich durch die Aprilaktion die Buchdruckerarbeitschaft auf der Lohnleiter diverse Sprössen höher gekommen war. Da die deutsche Wirtschaft zur Seilung des Auslandskonsums fast alles aufbieten muß, ist sie zu größerer Notwendigkeit gezwungen, was in zunehmendem Maße und Umfang von Preissenkungen und Sonderangeboten zum

Ausdruck kommt. Die Buchdrucker brauchen momentan also noch keinen größeren Willkür der Aufträge befürchten.

Die echte Stabilisierungskrise nennt Dr. Felix Pinner, der leitende Handelsredakteur des „Berliner Tageblattes“, die jetzige schwierige wirtschaftliche Lage. In seinen sonst trefflichen Ausführungen kommt auch diese Stelle vor:

Gerade in dem letzten kritischen Augenblick prallt infolgedessen die abwärtsleitende Preisbewegung mit der aufwärtsdrängenden Lohnwelle zusammen. Die Arbeiterschaft hat verstandesmäßig den Umschwung der Lage noch nicht beaktet und lebt stimmungsgemäß noch in der bereits verflochten Konjunkturbewegung mit ihrer schnellen Wiedereinstellung der Arbeitslosen, mit ihren von manchen autschäftigten Arbeitgebern bereitwillig zugestandenen Lohnerhöhungen. Sie kämpft darum, wie die bereits außerordentlich lange andauernden Streikbewegungen im Baugewerbe, im Bergbau, in der Holzverarbeitungsindustrie zeigen, mit einer — durch die letzten politischen Wählerfolge der Kommunisten verschärften — Zähigkeit um wirtschaftliche Besserungen und um Entlastungen der Arbeitsintensität, die der heutigen Lage nicht mehr entsprechen oder doch jedenfalls der morgigen Lage nicht mehr entsprechen werden.

Dazu ließe sich viel sagen. Pinner übersteht vor allem die von der deutschen Wirtschaft angehenen Voraussetzungen zu diesen großen sozialen Kämpfen, unter denen noch die in der Metallindustrie fesseln. Damit wollen wir uns ein ander Mal beschäftigen. Professor Dr. Hirsch, der gewesene Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium unter Robert Schmitt, hebt in seiner jetzt erschienenen Schrift „Die deutsche Währungsfrage“ die von der deutschen Arbeiterschaft für den Wiederaufbau der Wirtschaft gebrachten ungeheuren Opfer hervor und erklärt:

Der deutsche Beamte, Angestellte und Arbeiter hat im Durchschnitt der letzten zwei Jahre in Gold kaum mehr als ein Fünftel des Verdienstes seines ausländischen Kollegen erhalten, zeitweilig auch nur ein Sechstel und nicht selten darunter. Und diese Herabdrückung wurde relativ um so schlimmer, je höher qualifiziert eine Arbeit war.

Die Gehalts- und Lohnpolitik auch des Staates ist zur Genüge bekannt. Mit den neuen Beamtensulagen jetzt wird viel Staat gemacht, die Beamten aber haben es offen ausgesprochen, was es heißt, 20 Proz. unter dem Friedensgehalte bei mehr oder weniger großer Überschreitung der Friedenspreise für alle Lebensbedürfnisse. Wie erbärmlich werden die Eisenbahner bezahlt und wie hoch sind die Fahrpreise gegen früher? In Sachsen hat der Finanzminister in der vorigen Woche eine Erhöhung der Mezzinssteuer um 10 Proz. zum 1. Juli angekündigt, in dieser Woche spricht man schon von 18 Proz. Wie die Kommunen es verstehen, die Besechtungspreise „angemessen“ hoch zu halten, und wie die Straßenbahntarife sich meistens um 50 Proz. höher stellen, ist auch bekannt. Seht die Konsumkraft der Arbeiterschaft allgemein durch tüchtigen Preisabbau, dann werden die Lohnkämpfe auf die passive Tagesordnung gestellt! Mit dem Auspressen von allen Seiten her muß es aber sein Ende haben — sonst tracht es eben weiter.

Die Stabilisierungskrise, die unvermeidlich wurde nach dem großen Inflationschwandel, in diesen Bahnen zu halten, ist eine sehr wichtige Aufgabe der Arbeiterschaft, wofür sie eventuell auch ihre gewerkschaftliche Kraft einzusetzen hat. Der ADGB hat am 19. April von der Regierung die Zulage erhalten, daß auf Preisabbau systematisch hingearbeitet werde. Schacht, der einzige gegenwärtig wirklich regierende Mann in Deutschland, ist jetzt ganz methodisch daran am Werke. Wer es mit Deutschland gut meint, wer wirklich die deutsche Wirtschaft sanftern will, der stelle sich hinter ihn!

Kritische wirtschaftliche Merkmale und falsche Wirtschaftskritik

Im „Blutus“ vom 15. Mai, der von Finanzkreisen viel beachtet und geschätzten kritischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzen, veröffentlicht Dr. Heinz Rothhoff (München) an leitender Stelle einen auch für die Arbeiterschaft beachtenswerten Aufsatz mit der Überschrift: „Verbilligung“. Er geht aus von der ersten Stillung der Papiermark im Februar 1923 und bemerkt sehr richtig, daß der Erfolg davon abhängig war, „ob rechtzeitig dem wirtschäftlichen Unternehmen die wirtschaftlichen Grundlagen untergeschoben wurden“. Aber er stellt dann fest: „Diese Anpassung wurde nur von den organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten treulich vollzogen. Sie verzichteten im Interesse der Gesamtheit auf allgemeine Steigerung der Löhne und Gehälter — und gerieten damit in eine recht kritische Lage, denn die andern Volksgruppen verzichteten gar nicht; die Preise stiegen lustig weiter.“ Ferner schildert er dann den Zusammenhang der Währungs Mitte April 1923 als Folge des Ansturms der Spekulant. Als die arbeitenden Klassen sich neben diesen großen Volksgruppen empörten und die schwer einkaufenden Mittelschichten der Gewerkschaften ihre Haltung änderten und den Preisen angemessene Löhne forderten, da hat Dr. Rothhoff „alte Gewerkschaftsführer förmlich be-

schworen, die Taktik zu ändern und mit allen, rücksichtslos mit allen Mitteln der Teuerung entgegenzuwirken... Der Indexlohn war das Wahngebilde, von dem man Rettung erhoffte, obgleich ruhige Überlegung von vornherein erkennen mußte, daß unter den besonderen Umständen der Zeit die automatische Anpassung von zwanzig Millionen Arbeitnehmern den sinnlosen Wettlauf beschleunigen und der versinkenden Reichsmark den Rest geben mußte."

Herrn Dr. Gottthoffs Wissenschaft in allen Ehren. Aber leider sind die Arbeitnehmermassen nicht so wissenschaftlich eingestellt, und selbst die wissenschaftlichste Beweisführung wird dem Arbeiter nicht über seinen Hunger und seinem sonstigen Mangel an Lebensnotwendigem hinweghelfen. Wenn jemand merkt, daß er betrogen wurde, dann wird er zunächst immer den Betrug irgendwie weitzumachen suchen. Auch P. scheint in dem Wahn zu leben, daß die Arbeitnehmer mit der Verbilligung ihrer "Ware" Arbeit vorangehen müßten. An diesem Wahn krankt ja unser ganzes kapitalistisches Wirtschaftssystem. "Hannemann geh du voran, du hast die längsten Stiefel an!" Die Arbeitnehmer wollen aber nicht der Hannemann sein, weil sie nicht die "längsten Stiefel" anhaben, sondern weil sie schon beinahe barfuß laufen!

In dem Aufsatz: „Vor einer neuen Geldentwertung?“ in Nr. 33 des „Korr.“ habe ich bereits den Kollegen die neue Gefahr vor Augen geführt. Das war am 13. April. Nun geht der Spuk lustig weiter. „Hat nicht die gegenwärtige Situation fatale Ähnlichkeit mit der vor einem Jahre?“ fragt P. und sagt dann weiter: „Wieder ist das Einkommen der Lohnempfänger alle in den neuen Verhältnissen angepaßt worden: der Herabdrückung der Goldlöhne im Dezember auf durchschnittlich etwa zwei Drittel des Friedensstandes entspricht nicht ein gleiches Herabgehen der Preise. Im Gegenteil sind die Preise weit über dem Friedensstande, vielfach auf dem doppelten und dreifachen, meist auch weit über dem Weltmarktstande.“

Begrüßenswert ist es, daß P. das vertrauliche Rundschreiben der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände vom 28. März, das vor „unüberlegten Lohnherabsetzungen“ warnt, verurteilt, weil es die Last der Zeit auf die Arbeitnehmer abwälzen will. Aber wenn P. die Stellungnahme der Gewerkschaften durch ihre gemeinsame Eingabe an den Reichskanzler vom 11. April (abgedruckt in Nr. 37 des „Korr.“) angesichts einer solchen Provokation für falsch hält, „weil sie alle Kraft auf ein Mittel legt, das untauglich ist“, dann darf man wohl sagen, daß P. die soziale Psyche des Arbeiters wenig begriffen hat. Seine Einstellung ist eben nur so erklären mit dem Wahn, in dem er befangen ist, der vorher schon angedeutet wurde. Was er den Lohnempfängern empfiehlt, wird sie nicht aus dem Elend herausbringen. Er empfiehlt uns nämlich den Käuferfreik. Ja, du lieber Gott, was kann denn der Arbeiter bei den heutigen niedrigen Löhnen und den heutigen hohen Preisen sich noch kaufen?

Recht hat P. unbedingt, wenn er sagt: „Man darf eben nie übersehen, daß unsre Wirtschaft nicht normal ist; daß sie deswegen nicht nur den Gesetzen wirtschaftlich vernünftiger Erwägung gehorcht, sondern viel stärker als jemals von Stimmungen beeinflusst wird. Die Stimmung des Preisabbaues zu erzeugen, ist die wichtigste Voraussetzung“. Aber nicht, wie er es sich denkt, daß die Gewerkschaften diese Stimmung erzeugen sollen, kann Rettung bringen.

Ganz anders stellt sich der Chefredakteur Georg Mülich im Finanz- und Handelsblatt der „Vollständigen Zeitung“ vom 11. Mai den Abbau vor in einem Aufsatz: „Die Krisis“. Es heißt dort:

Erheblich besser sähe es aus, wenn unsre Fabrikation und unsre Warenhandel sich mehr, als es der Fall ist, daran gewöhnt hätten, den veränderten Zeitverhältnissen durch Verkäufe aus ihren Warenbeständen Rechnung zu tragen. Diese sind aus dem oben erwähnten Grunde der unzeitgemäßen gewordenen Politik der Substanzerhaltung so ziemlich allerwärts viel zu hoch. Dessenungeachtet kann man sich nicht auf einem durchgreifenden Abbau entschließen. Man befürchtet mit Recht, daß er sich nur unter erheblichen Preisrückgängen auf der ganzen Linie erzielen ließe, und wartet deshalb ab... Der einzige Ausweg scheint nach allem nur der zu sein, daß aus einer energiegelichen Realisierung von aufgeschauften Warenbeständen geschritten wird. In Deutschland selbst wird sich das freilich nur schwer ermöglichen lassen. Die Kaufrkraft unsrer Bevölkerung ist jetzt so schwach, daß sie auch durch beträchtlichere Preisherabsetzungen nicht in dem erwünschten Maße angeregt werden könnte, ja es ist eine der inneren Ursachen dieser Krisis, daß die deutsche Konsumfähigkeit von der Produktion und dem Handel falsch eingeschätzt worden ist. Das verheerende Goldelckommen der breiten Masse steht im unabwehrlichen Verhältnis zu den bislang unentwertet aufwärts strebenden Großhandelspreisen. Hier muß ein Ausgleich kommen; von der Seite des Einkommens aber kann er in dieser Zeit der schwersten Depression nicht ausweichen... Entlastungsverkäufe unsres Warenhandels und unsrer Fabrikation hätten sich danach in der Hauptsache nach dem Auslande zu wenden. Allerdings wird man sich dabei eine erhebliche Preisfestsetzung gefallen lassen müssen. Sie würde aber durch die Wertekurve, daß die gewalttätige Zurückhaltung von Beständen heute ganz außerordentliche Zinsenlasten verursacht, entschädigt.

So beständig wie im ersten Ansehen ein Käuferfreik erscheint, so wenig taugt er bei uns von der arbeitenden Bevölkerung durchzuführen. Wenn sich die Verbraucher nicht anders helfen, als sie es durch die letzten Entwertungen nicht tun, die den Unternehmern der

Arbeitnehmer wenig oder gar nicht entgegenkommen, dann wird auch an dem Finanzelend nichts geändert werden. Dem Spekulantentum ist wieder Tor und Tür geöffnet, wenn nicht von Reichs wegen gegen den Preiswucher eingegriffen wird. Wenn man mit derselben „eisernen Konsequenz“, mit der man die Gewerkschaften jetzt durch verbindliche Schiedsprüche in Schach hält, nach der andern Seite hin auf die Preisgestaltung, „Stimmung macht“, dann wird die Verbilligung eintreten, die Dr. Gottthoff erstrebt, und auch unsre Währung wird vor weiteren Erschütterungen bewahrt bleiben. Das Volk braucht dann den Spuk der neuen Inflation nicht zu fürchten; er bleibt gebannt. Aber wo ist eine solche Regierung?
Berlin.
Lynceus.

Tarifvertrag und Werkvertrag

Die Unternehmer sind sehr erfreut darüber, daß die übliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen für größere Betriebe oder für ganze Berufe jetzt mehrfach abgelöst worden ist durch sogenannte Werkverträge, die nach Verhandlungen mit „ihren Arbeitern“ zustande gekommen sind. Diese Änderung in Verbindung mit der Ablösung des Dreischichtensystems durch das Zweischichtensystem, also die Ablösung des Achtstundentages durch den Nechstundentag — oder durch noch längere Arbeitszeit — bezeichnete die „Deutsche Arbeitsgeberzeitung“ vor kurzem sogar als „Götterdämmerung“.

Wir können diese Freude der Unternehmer wohl verstehen. Sie haben in der Tat Ursache dazu. Für die Arbeiterschaft aber ist die Sache nicht erfreulich, und ein erheblicher Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen, die über die Regelung der Arbeitsbedingungen durch die Zentralstellen der Gewerkschaften auf diese nicht genug schimpfen konnten, werden nun einsehen, daß die Gewerkschaften denn doch keine überflüssigen Einrichtungen sind, das man zur Vertretung und Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft des Zusammenhalts der Arbeiter und Arbeiterinnen dringend bedarf und gerade heute Körperkassen benötigt, die unabhängig von den Unternehmern diesen gegenüberreten können.

Das persönliche Interesse des Unternehmers an dem einzelnen Arbeiter oder an der einzelnen Arbeiterin ist in der Regel nur sehr gering. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit ist dies ganz besonders der Fall. Das wissen die Arbeiter auch, und sie haben deshalb eine begriffliche Scheu, sich persönlich unbeliebt zu machen. Das geschieht aber, wenn sie persönlich beim Betriebsinhaber Forderungen auf günstigere Arbeitsbedingungen stellen oder mit ihm über die Bedingungen verhandeln, die der Unternehmer ihnen gestellt hat. Die Aussicht auf die unmittelbaren Folgen für diejenigen Betriebsangehörigen, die diese Verhandlungen führen, veranlaßt oft Zurückhaltung. Das aber wissen die Unternehmer! Sie verhandeln ja gerade deshalb so gern mit „ihren“ Arbeitern. Wenn aber noch Zweifel über die Unwiderstehlichkeit des unmittelbaren Verkehrs zwischen Unternehmern und Arbeitern der einzelnen Betriebe über die Lohnfrage und über Werttarife bestanden haben sollten, so werden die Erfahrungen der letzten Zeit wohl darüber keinen Zweifel mehr lassen.

Die Unternehmer haben allen Anlaß, von einer „Götterdämmerung“ zu reden, wenn die Ablösung der bisherigen Art der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch sogenannte Werttarife weiter um sich greift. Dann mehrt sich nämlich für sie die Gelegenheit zur Einschüchterung der Arbeitskräfte in den einzelnen Betrieben, und es mehren sich die Fälle, wo der eine Betrieb gegen den andern ausgespielt werden kann; selbst dann, wenn die Angaben über die einzelnen Betriebe auf unbewußten oder bewußten Irrtümern beruhen.

Wo die Arbeiterschaft durch Beauftragte der Gewerkschaften bei Verhandlungen vertreten wird, und wo die Verhandlungen nicht nur betriebsspezifisch erfolgen, ist solche Einschüchterung nicht möglich. Die Organisationsvertreter, die den einzelnen Unternehmern gegenüber unabhängig sind, können ganz anders gegen diese auftreten, als es von dem im Arbeitsverhältnis stehenden Arbeiter und Angestellten seinem unmittelbaren Arbeitgeber gegenüber in der Regel geschieht. Vom Werttarif bis zur Bildung sogenannter gelber Werkvereine ist nur noch ein Schritt. Auch aus diesem Grunde sollte die Arbeiterschaft die Entwicklung auf dem Gebiete der Regelung der Arbeitsbedingungen sehr kritisch betrachten. Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben bedürfen zur Wahrung und Vertretung ihrer Interessen nicht nur des Zusammenhalts, sie bedürfen ebenso notwendig auch einer Stelle, die bei entscheidender Gelegenheit Wortführer für sie ist.

Dies ist ganz besonders der Fall in der gegenwärtigen Zeit, wo recht oft die Betriebsleiter gar nicht die unmittelbaren Unternehmer sind, und wo oftmals ein persönlicher Unternehmer überhaupt nicht in Frage kommt, wie bei Aktiengesellschaften. Wenn in diesen Fällen Wertabmachungen zustande kommen, dann doch nur nach Vereinbarungen mit Personen — richtiger ist es wohl zu sagen: nach Vorschlägen oder auf Verlangen von Personen — die nur im Auftrage von Personen oder von Körperschaften handeln, in ihren Entscheidungen nicht selbständig sind und auch Ursache genug haben, sich nicht allzu nachgiebig zu zeigen, weil auch sie in Abhängigkeit leben und sich nicht unbeliebt machen dürfen.

In diesen Fällen, die recht häufig sind, stehen also Beauftragte von Personen und Körperschaften den Vertretern der in den einzelnen Betrieben selbständigen männlichen und weiblichen Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber. Es trifft also gar nicht zu, daß durch Werttarife, oder wie die Unternehmungen für sich eine solche Tarife immer haben müßten, das nachteiligste Verhältnis früherer Zeiten wieder herbeigeführt werden kann. Dafür steht heute die Voraussetzung. Und so notwendig ist es demnach, daß auch die Vertretung des Interesses der Arbeiter und

Angestellten eine unpersönliche Stelle vorhanden ist, die Überblick be-
sitzt über die allgemeine Lage der Wirtschaft, über die Kräfte, die in
der Wirtschaft um ihre Existenzbedingungen ringen, und die wirtschaft-
lich unabhängig von der Leitung der einzelnen Betriebe wie von dem
Einfluss des organisierten Unternehmertums die Interessen der Arbeit-
nehmer vertreten kann.

Wenn irgendetwas die Notwendigkeit starker und leistungsfähiger
Gewerkschaften beweisen kann, dann sind dies die Erfahrungen, die in
der letzten Zeit gemacht worden sind. Auch auf diesem Gebiete hat sich
wieder die Wahrheit des Sprichwortes bewiesen: „Durch Schaden wird
man klug“.

Berlin.

Gertrud Hanna.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesausschussführung

Am 15. und 16. Mai trat der Bundesausschuss des ADGB. zu einer
Sitzung zusammen, um Stellung zu nehmen zur gegenwärtigen, durch
die Kämpfe im Bergbau, Baugewerbe und andern
Industrien um den Achtstundentag gekennzeichneten Situa-
tion. Namens des Bundesvorstandes berichtete Leipart über dessen
Tätigkeit sowie besonders über die Schritte, die zur Unterstützung der
ausgesperrten Bergarbeiter unternommen wurden. Der Bundesauss-
schuss stimmte einmütig diesen Maßnahmen zu und sicherte den Berg-
arbeitern seine volle Sympathie und Unterstützung zu.

Die zur Vorbereitung der Volkstentscheidung über
den Achtstundentag eingesetzte Kommission wird nunmehr nach
den Wahlen zusammentreten, um einen der Abstimmung zu unter-
breitenden Gesetzentwurf zu formulieren.

Der Bundesausschuss hat inzwischen, um Klarheit über die wirk-
liche Arbeitsdauer in den Betrieben zu schaffen, eine Er-
hebung durch die Ortsausschüsse eingeleitet. Da verschiedene Verbände
vorstands auch ihrerseits sich an dieser Erhebung zu beteiligen wünschen,
so werden auch die von ihnen ermittelten Ergebnisse dabei berücksichtigt.

Leipart berichtete dann noch über die bevorstehenden Verhand-
lungen der Konferenz des Internationalen Arbeiters in Genf über
das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien und über die
Sonntagsruhe in Glasbläsen, wobei er den Wunsch des
Vertreters der Glasarbeiter nach einer Unterstützung der Forderungen
ihres Verbandes zu erfüllen versprach. Die Vertreterin des Arbeiter-
innensekretariats wies mit besonderem Nachdruck auf die Arbeitszeit-
überschreitungen der Arbeiterinnen und Jugendlichen hin, die sie
dringend der Beachtung der Gewerkschaften empfahl.

Entstehung und Verhütung von Bleivergiftungen

(Nachdruck verboten)

Kommen Bleiteilchen auf irgendwelche Weise längere Zeit hindurch
immer wieder in den Körper, so entstehen allmählich charakteristische
Krankheitserscheinungen, die man als Bleivergiftung bezeichnet. Pro-
fessor Schenkenbecher berichtet über eine solche Massenerkrankung in einem
Dorfe, die dadurch zustande kam, daß das durch ein langes Bleirohr zu-
geleitete Trinkwasser einen hohen gesundheitsschädlichen Bleigehalt an-
nahm; nach Entfernung des Bleirohres hörten die Krankheitserschei-
nungen auf. Professor B. Lafour berichtet von vielen schweren, durch
Leitungswasser verursachten Bleivergiftungen in einem Kloster, das
sich von den Nonnen verlassen werden sollte, denn „es laste wie ein
verhängnisvolles Schicksal auf dem Hause“. Auch ein hiezzintender Herr
wurde aus ähnlicher Ursache bleikrank, weil er stets morgens als erster
Gast in einem Wirtshause dasjenige Bier trank, das über Nacht in der
Bleirohrleitung des Zapfapparates gestanden und daraus Blei aufge-
nommen hatte. (Fall von Dr. E. Rice.) Jedenfalls tut man gut, morgens
das erste Leitungswasser, das über Nacht in den Bleiröhren stand, nicht
zum Trinken, sondern nur zum Waschen zu gebrauchen.

Noch auf verschiedene andre Weise wird der Körper durch Aufnahme
von Blei gefährdet. Schädlich können wirken Speisen, die in schlecht
glasierten, schlecht verzintten oder aus bleihaltigem Zinn gefertigten Ge-
schirren gekocht werden; ferner kleine Käse, die neben eine direkte Be-
rührung mit ihrer bleihaltigen Umhüllung nicht geschützt sind durch
dazwischenliegendes Papier; ein gleiches gilt von der Verpackung des
Schmuckabats. Kinder können durch Nagen und Beißen an Bleifiguren
(Bleifoldaten) erkranken.

Die weitaus größte Bedeutung haben die Bleivergiftungen verschie-
dener Berufsarten. Gewerbliche Bleierkrankungen bilden überhaupt wohl
die häufigsten aller Berufsvergiftungen. Die Ursache liegt in der aus-
gedehnten Verwendung des Bleies in einer großen Anzahl von Indu-
strien und Gewerben sowie in der Gefährlichkeit aller Bleiverparate,
die, in welcher Gestalt sie auch vom Körper aufgenommen werden, stets
schädlich auf denselben wirken. Es kommen besonders folgende blei-
gefährliche Berufe in Betracht: Mit Bleifarben Beschäftigte (z. B. An-
streicher, Maler, Bäcker); mit bleihaltigen Strümpfen und Mitten Um-
schneide (Cordier, Glaser); mit Bleisulfat arbeitende (Färber,
Emallierer); mit bleihaltigem Blei Beschäftigte (Schriftsetzer,
Klempner); mit reinem metallischen Blei Arbeitende (Schriftsetzer,
Bleiverarbeiter). Nach der Statistik schenkt sich bei den Bleivergiftungen

33 Proz. Bleierkrankungen, Metallarbeitern 22 Proz., Schrotarbeitern
20 Proz., Malern und Anstreichern 7 bis 10 Proz., Bleihütten- und Zink-
arbeitern 8 bis 9 Proz. und bei den Buchdruckern 0,5 Proz. In
den Körper gelangt das Blei hauptsächlich durch den Mund. Gewöhnlich
kommt es dorthin mit den von der Arbeit bleihaltigen Händen beim
Essen und Trinken, wird dann verschluckt, im Magen durch dessen
Säure aufgelöst und durchsetzt nun vergiftet den ganzen Körper. Auch
bei der während der Arbeit eingeatmete Bleisäure gelangt auf diese Weise
in die Verdauungsorgane. Durch die Haut kann eine Aufnahme des
Bleies ebenfalls stattfinden, was öfter bewiesen wird durch die schädliche
Wirkung bleihaltiger Haarfärbemittel.

Da bei den gewerblichen Bleivergiftungen immer nur kleine Mengen
eingenommen werden, so dauert es längere Zeit, bis das Blei sich im
Körper zu merkbare schädlicher Wirkung angehäuft hat. Oft erst nach
jahrzehntelanger Berufsarbeit zeigen sich Krankheitserscheinungen schlim-
meren Grades, die den Patienten zum Tode treiben.

Zunächst stellen sich meist Störungen der Verdauung ein. Auch zeigt
sich alsbald der Bleisaum (ein schiefergrauer bis blauschwarzer Saum
am Zahnfleisch), dessen Auftreten meist von einem eigenartigen, unange-
nehm süßlichen Geschmack im Munde begleitet ist. Dazu gesellt sich allge-
meines Unbehagen, Schwächegefühl, mitunter auch Muskelschmerzen, Appetit-
losigkeit und Stuhlverstopfung. Das Gesicht nimmt eine gelblich-blaue
Farbe an, die Lippen werden bleich. Bei mikroskopischer Untersuchung
des Blutes findet sich als ganz charakteristisches Merkmal Körnerbildung
in demselben. Bei fortgeschrittener Bleivergiftung tritt dann Bleikolik
ein: heftige Unterleibschmerzen mit Stuhlverstopfung. Jedoch fehlt diese
Bleikolik meist bei Personen, die mit metallischem harten Blei zu tun
haben, wie Schriftsetzer, die mehr an Blutarmut, Verdauungs-
störungen und Nierenentzündungen leiden. Eine so vollentwickelte Blei-
vergiftung ist eine sehr schwere Krankheit.

Deshalb sind in den meisten Staaten behördliche Vorschriften zur
Verhütung der Bleisäure in den Gewerben erlassen. In der Schweiz
haben einzelne Kantone besondere Vorsichtsmaßnahmen hierfür ange-
ordnet, so z. B. der Kanton Neuchâtel durch den Erlass vom 7. August
1903. Aber leider stellt sich immer wieder heraus, daß die vorgeschriebenen
Maßregeln von den Arbeitern arg vernachlässigt und die dargebotenen
Verhütungseinrichtungen (z. B. Waschgelegenheit) nicht genügend be-
nutzt werden. An einer großen Zahl von Bleivergiftungen sind die be-
treffenden Gewerbetreibenden selbst schuld.

Die erste und wichtigste Bedingung für die Verhütung dieser gefähr-
lichen Krankheit ist ständige, peinlichste Reinlichkeit des Körpers. Da die
Bleivergiftung am leichtesten und häufigsten dadurch zustande kommt,
daß durch die beschmutzten Hände Blei in den Mund gebracht wird, ist es
dringend notwendig, daß der Arbeiter vor dem Genuß von Speisen und
Getränken jedesmal die Hände sorgfältig reinigt, besonders auch die
Fingernägel. In der Werkstatt selbst soll nie etwas genossen werden
(Bleistaub), auch nicht zwischen durch etwaige Kleinigkeiten wie Obst.
Neben diesem pflichtgemäßen Waschen vor den Mahlzeiten und vor dem
Verlassen der Arbeitsstätte ist möglichst jede Woche ein Warmbad zu
nehmen, um die Haut von anhaftenden Bleiteilchen zu reinigen und
ein etwaiges Eindringen in den Körper zu verhindern. Man atme bei
der Arbeit stets durch die Nase und nicht durch den Mund. Da aber doch,
z. B. beim Sprechen, Teile des umherfliegenden Bleistaubes leicht auf
die Schleimhaut des Mundes kommen können, sind vor jedem Essen und
Trinken Mundspülungen, Gurgeln und Reinigen der Zähne durchaus
nötig. Aus der in die Nase eingeatmeten Einatemluft sehen sich Blei-
teilchen nachgewiesenermaßen nieder in Schnurrbart und Nase. Daher
muß auch der Schnurrbart ausgewaschen und ausgebürstet werden, und
die Nase ist zu reinigen durch kräftiges Schnuzen und Niesen; letzteres
erzeugt man am besten mit einer Prise Schnupftabak. Dagegen kann
Kautabak (Pfeumen) während der Arbeit schädlich wirken, weil mit den
bleibeschmutzten Fingern Bleiteilchen in den Mund gebracht werden.
Die Arbeitskleidung ist vor den Mahlzeiten abzulegen; die Strah-
lenkleider müssen in einem besonderen Raume aufbewahrt werden, damit
der Arbeiter nicht mit Bleischmutz in seine Wohnung kommt. Die Werk-
stätten sind von Bleistaub (Bleidämpfen) möglichst rein zu halten durch
Ventilatoren und fleißiges Öffnen der Fenster und Türen. Verwerflich
ist das Ausstauben der Gestäfte (Schriftsetzer) durch Ausblasen
mit dem Blasebalg in der Werkstatt selbst; dies muß ausnahmslos
draußen im Freien geschehen. Insbesondere gefährlich sind viele alte
Angewohnheiten: Das Halten der Lettern (Schriftsetzer) oder
Pinsel (Maler) mit den Zähnen oder Lippen, das Ausbläuen der Pinsel
mit den Fingern und dergleichen mehr. Durch solche gefährliche Gewohn-
heiten verdingen sich die Arbeiter an ihrer Gesundheit und setzen ihr
Leben auf das Spiel.

Verstärkt jemand bei sich den Ausbruch der Bleierkrankung oder
ist sie vom Arzt festgestellt, so kann er durch eine kräftige, recht fettreiche
Ernährung, durch den Genuß von Speck, Milch und Eierschnecken die
Aufnahme des Bleies im Magen zum großen Teil verhindern und die Ge-
fahr der Bleivergiftung bedeutend vermindern. Dann muß kommen eine
häufige peinliche Reinigung der Haut durch Waschungen. Hierdurch
und durch öftere Warmbäder sollte Schnitten bei körperlicher Arbeit
(Gartenarbeit, Holzsägen, Zerschneiden) wird die Aufsaugung des etwa
in den Körper eingebrachten Bleies in sehr günstiger Weise ver-
hindert.

Selbst in solchen Gewerben Beschäftigte muß stets die vorerwähnten
absoluten hygienischen Vorsichtsmaßnahmen streng befolgen und nicht
im Laufe der Zeit nachlässig werden. Es handelt sich um seine Ges-

fundheit und um sein Leben! Nicht das sich auch an ihm der drastische Spruch eines Dichters bewahrheitet:

Vor denkt erst an eure Gesundheit,
Wenn ihr schon ganz auf dem Hund seid!

Freiburg i. Br.

Dr. Traubart.

Zur Bleigefährdung in den Schriftgießereien

Der zufällige Befund erheblicher Bleimengen im Staub eines seit langer Zeit infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht vorschriftsmäßig behandelten Arbeitsraumes einer Zeitungsdruckerei gab dem sächsischen Landesgewerbeamt Dr. Thiele in Dresden Veranlassung, auch aus andern Betriebsräumen, insbesondere den Stereotypierwerkstätten, größeren und kleineren Druckereien, Staubproben auf das Vorhandensein von Blei zu untersuchen. Ähnliche Untersuchungen sind von Dr. A. Seitz aus dem hygienischen Institut der Universität Leipzig angestellt worden.

Thiele hat gefunden, daß in den eigentlichen Schriftgießereien mit 20, 30, ja 50 und mehr Tischplätzen die Bleigefährdung bei einwandfreier Raumgestaltung sowie Belüftung und Reinigung gering sein kann. Andererseits ist die Bleigefährdung in den Stereotypienbetriebe von Buch- und Zeitungsdruckereien oft nicht gering. So fand sich in dem in einem nur künstlich beleuchteten Kellerraum gelegenen Schmelzraum einer Druckerei ein Bleigehalt von 12,6 Proz. Daß man auf den Augenschein allein nichts geben kann, um über die absolute oder relative Reinlichkeit eines Betriebes unterrichtet zu werden, beweisen die Bleigehalte einiger von den revidierenden Gewerbeaufsichtsbeamten ausdrücklich als saubere Betriebe bezeichneten Werkstätten, wo Prozentätze bis zu 13,66 Proz. festgestellt wurden. Das Wichtigste ist die tatsächlich stattgefundenen vorgeschriebene Reinigung, am besten Weisung oder Anstrich.

Thiele macht in der Münchner „Medizinischen Wochenschrift“ darauf aufmerksam, daß man außer den eigentlichen Schriftgießereien noch zwei sächlich gleiche, handwerklich-technisch jedoch verschiedenartige Betriebe unterscheiden muß. Es handelt sich nämlich einmal um eine Stereotypiemaschine, die die Platten sofort druckfertig zum Einsetzen in die Druckmaschine liefert, und um die Bearbeitung der Gussstücke durch die Hand. Im letzteren Falle ist die Verbreitung der Bleiteilchen und des Bleistaubs nicht ausgeschlossen. Jeder Luftzug wirbelt den Bleistaub trotz seiner spezifischen Schwere nach oben und in alle Winkel. Dazu tritt der gewöhnliche Auftrieb durch die Wärmequellen im Raume.

Thiele tritt warm für den Arbeiterschutz ein und bringt für Schriftgießereien eine im Jahre möglichst mehrmals wiederholte Generalreinigung mit Ausweihung in Vorschlag. (Behandlung des Fußbodens mit gutem Fußbodenöl sowie entsprechende Anbringung guter Ventilatoren ist als ebenso notwendig zu bezeichnen. Red.)

Dr. A.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Über die dritte Sitzung der Sekretariatskommission am 22. Mai ging uns aus Bern folgender Bericht zu: Die Sekretariatskommission beschloß, zum neunten internationalen Buchdruckerkongress in Hamburg verschiedene internationale Organisationen einzuladen. Die Einladung des Belgischen Typographenbundes zu seinem am 8. und 9. Juni in Huy bei Lüttich stattfindenden Jahreskongress, diejenige des Luxemburger Buchdruckervereins zu seinem am 22. und 23. Juni stattfindenden 60. Gründungsgeneralsversammlung sowie diejenige des Verbandes der graphischen Arbeiter Jugoslawiens zu seinem am 13. Juli in Belgrad beginnenden 2. ordentlichen Kongress wurden entgegengenommen und der Sekretär abgeordnet. Eine vom Estnischen Buchdruckerverband der Sekretariatskommission unterbreitete Angelegenheit wurde besprochen und ein entsprechender Beschluß gefaßt. Verschiedene andre Fragen wurden noch behandelt und beschlossen, diese auf dem nächsten internationalen Kongress mit zu erledigen.

Österreich. Die Lohnbewegung der graphischen Arbeiterschaft ist bereits zum Abschlusse gelangt. Es ist zwar nicht das erreicht worden, was gefordert wurde, das Ergebnis bedeutet aber doch wieder einen Schritt nach vorwärts. Verlangt wurde ursprünglich in Anbetracht der äußerst guten Konjunktur und der noch (im Verhältnis zur Vorkriegszeit) sehr zurückgebliebenen Löhne eine Aufbesserung von 10 Proz. Inzwischen kam Mitte Mai noch die fällige Indexziffer heraus, die eine Wertuerung der Lebenshaltung um 2 Proz. auswies. Mitbin wäre, da sich der Index automatisch auswirkt, die Forderung auf 12 Proz. berechtigt gewesen. Die graphischen Unternehmer waren auch diesmal wie immer in ihrer Art sehr bescheiden und boten einschließend des Index nur eine Erhöhung von 4 Proz. Dieses „Entgegenkommen“ wurde von den Kartellvertretern der Arbeiterschaft rundweg abgelehnt. Nun ging das Geißchen um jedes Prozent weiter, bis sich die Prinzipalkität endlich bereit erklärte, 8 Proz. zu bewilligen, jedoch mußte in diesem Prozentsatze auch die letzte am 1. Juli 1921 laut Tarifvertrag fällige Lohnaufbesserung von 2 Proz. als abgezollten erschließen. Da mitbin nur vier Schmelz der Wünsche der Arbeiterschaft seine Erfüllung gefunden hätten, wurde auch dieses letzte Angebot abgelehnt und die Verhandlungen abgebrochen. Straußlingen hat aber bereits nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz eine große Anzahl von Betrieben mehr sozialwirtschaftliches Verständnis an den Tag ge-

legt und ihren Personalen freiwillig bis zur definitiven Regelung der Sache entsprechende Zuwendungen gemacht. Wo dies nicht der Fall war, haben sich die Personale geweigert, über das gesetzliche Ausmaß hinaus (täglich höchstens zwei, im Monat höchstens sechs und im Jahre höchstens 60) Überstunden zu machen. Das war natürlich den Unternehmern bei der gegenwärtigen glänzenden Konjunktur sehr unannehmlich, und so wurden die Verhandlungen nach einigen Tagen durch Vermittlung einer dritten Person wieder aufgenommen, wo es dann zu einer Einigung kam, nachdem die Kartellvertretung eigentlich schon mehr als notwendig diesen Profitjägern entzogen kam. Es blieb bei 8 Proz. Lohnerböhung (für die erste Woche vom 12. bis 17. Mai nur 4 Proz.), jedoch ist darin die tariflich festgelegte Aufbesserung von 2 Proz. ab 1. Juli nicht inbegriffen. Im einzelnen stellen sich die Löhne der graphischen Arbeiterschaft ab 19. Mai wie folgt: für die Buchdrucker in der Klasse A von 228 830 bis 318 366 Kr., in der Klasse B von 261 060 bis 367 139 Kr. und in der Klasse C 333 684 bis 465 342 Kr.; für die Hilfsarbeiter von 153 744 bis 331 201 Kr.; für die Hilfsarbeiterinnen von 72 779 bis 248 677 Kr. Die Personale der Wiener Tageszeitungen stehen gegenwärtig noch in Lohnverhandlungen.

Ungarn. Die Verhandlungen mit den Prinzipalen in Sachen der Erhöhung des Grundlohnes sind — wie nach dem Verlaufe und Abschluß des Budapest Kampfes vorauszu sehen war — glatt erledigt worden. Ergebnis: 90 Proz. der für Budapest vereinbarten Lohnerböhhungen. Diese 10 Proz. Differenz zwischen den hauptstädtischen und den Provinziallöhnen beruhen auf einer schon seit längerem in Kraft befindlichen Vereinbarung, um auf solche Weise das Lohnverhältnis zwischen Hauptstadt und Provinz auf stabilem Niveau zu erhalten. — Von ganz geringfügigen Zwischenfällen abgesehen, wideln sich die Dinge in den Druckereien der Hauptstadt in normaler Weise ab. Der Geschäftsgang ist ein etwas flotterer, wahrscheinlich teils dadurch, daß infolge des überwiegenden Stillstandes Arbeit zurückblieb, teils aber auch dadurch, daß zurzeit die Ferien, die der Tarif den Buchdruckerarbeitern sichert, angetreten werden. Das Schiedsgericht in Budapest funktioniert wie vor der Aufhebung des Kollektivvertrages, die sich auf die Provinz gar nicht auswirkte, so daß diesbezüglich alles beim alten blieb und demnach von Gefühlsseite der von den Prinzipalen gewünschten Tarifrevision mit aller Ruhe entgegengesetzt werden kann. — Die Lithographen und Stein drucker haben aus dem Kampfe der Buchdrucker den Nutzen gezogen, daß ihre Grundlöhne in gleichem Maße wie die der Buchdrucker erhöht wurden. Erstere sind auch insofern gegenüber letzteren im Vorteil, daß sie befähigt Konjunktur haben, so sehr, daß sie Arbeitslose bloß vorübergehend verzeichnen. — Nicht in der gleichen Lage sind die Buchbinder, deren Konjunktur hängt zu sehr mit der der Buchdrucker zusammen. Die Buchbinder mußten sich deshalb vorläufig damit begnügen, daß sie bloß drei Teilsabhlungen durchsetzten, um die vierte Teilsabhlung, welche die Buchdrucker und Lithographen sich schon sicherstellen, werden sie feinerzeit — im Juli — noch zu verhandeln haben.

Dänemark. In der neuen dänischen Arbeiterregierung sitzen zwei Minister, die ihre Laufbahn als Buchdrucker begannen. Es sind dies der Verteilungsminister A. Rasmussen und der Finanzminister Bramsnäs.

Norwegen. Die Kriesensperre dauerte Mitte Mai nahezu ein Vierteljahr an und noch war kein Ende abzusehen. Der letzte Versuch des Schiedsrichters, der einen Vorschlag zur Einigung vorgelegt hatte, ist gescheitert, weil die Verhandler auf Arbeiterseite den Vorschlag verworfen. Von der gemäßigten Richtung der Arbeiter, u. a. den beiden Vertretern der Buchdrucker, wurde erklärt, daß die Verbände der Gewerkschaften dem Beschluß der Repräsentantenschaft eine falsche Auslegung gaben, und daß dieses die Ursache sei, weshalb der Versuch des Schlichters mißglückte. Da nun vom Sozialminister neuerdings wieder Versuche gemacht werden, dem vernichtenden Kampfe ein Ende zu machen, könnte es möglich sein, daß das Mißverständnis beseitigt und die Arbeit wieder aufgenommen wird. Von Seiten der Arbeiterorganisationen ist das Durchhalten bis jetzt eine Probe von unbeugsamem Willen und starkem Opferfinn. — Wie uns unser norwegischer Mitarbeiter unterm 27. Mai hierzu weiter mitteilte, ist der größte Arbeitskampf in der Geschichte der norwegischen Arbeiterbewegung am 26. Mai beendet worden. Über ein halbes Jahr standen die Metallarbeiter im Streik und 14 Wochen war der größte Teil der organisierten Arbeiterschaft ausgeperrt. Der Ausgang des Kampfes war ein Kompromiß. Die Arbeitgeber mußten ihre Forderung einer Garantienumm gegen ungewöhnlichen Streik fallen lassen, jedoch fordert der Einigungsvorschlag die Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Eisenarbeiter zu den jetzt annehmbaren Bedingungen der Arbeitgeber. Da inzwischen der Tarif dieser Gruppen abgelauten ist, wird doch bald ein neuer Tarif in Kraft treten. Der Einigungsvorschlag war den beteiligten Arbeitern zur Abstimmung vorgelegt worden. 10 672 stimmten für den Vorschlag, 8247 dagegen. Da auch die Arbeitgeber dem Vorschlag zustimmen, wurde am 27. Mai die Arbeit auf der ganzen Linie aufgenommen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die inzwischen abgelauteten Tarife werden sofort nach Aufnahme der Arbeit in Behandlung genommen. Der Streik der Hafen- und Transportarbeiter steht jedoch noch fort bis zum Abschluß der noch schwebenden Tarifverhandlungen.

Korrespondenzen

— 2. Cöthen. Die erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 18. Mai in Belldorf (Cöth.) trotz der wichtigen Tagesordnung nicht der Beachtung zu würdigen überh. Nachdem das Vandalen an einen

verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt worden war, erfolgte die Erstattung des Jahresberichts sowie der Abrechnung vom vierten Quartal 1923. Die seitens des Kassierers während der Inflationszeit geleistete Mehrarbeit fand Anerkennung, indem ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde. Der vom Vorort gewählte Vorstand erhielt seine Bestätigung. Aber die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln vom 11. Mai berichtete Kollege Merkel. In einer kurzen Aussprache gab die Versammlung ihre Zustimmung zu den dort gefassten Beschlüssen. Über das Verhalten des Inhabers der Firma Bödelmann (Wesdorf) einem verheirateten Kollegen gegenüber wurde Klage geführt. Vor Eintritt einer Kondition bei dieser Firma sind unbedingt Erkundigungen an maßgebender Stelle einzuziehen. Es folgte noch die Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.

Weimar. (Maschinenseher.) Am 18. Mai hielt die Gauvereinigung in unfern Weimern ihre diesjährige **G a u v e r s a m m l u n g** ab. Vorsitzender **W i l h e l m** (Eisenach) gedachte in einleitenden Worten des 20jährigen Bestehens der Vereinigung. Eine besondere Feier dieses Ereignisses war leider durch die bestehenden schlechten Verhältnisse nicht möglich. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, Kollege **S t e p h a n** den Kassenbericht, der wieder eine Besserung aufwies. Eine eingehende Aussprache entspann sich hierbei über den Maschinenseheraufschlag. Einstimmig wurde die Wiederherstellung der 25 Proz. durch einen Antrag an den Maschinenseherkongress gefordert mit dem Zusatz, im Nichtbewilligungsfalle eventuell zu dem letzten gewerkschaftlichen Mittel zu greifen. Auch die Arbeitszeitfrage wurde von den Teilnehmern eingehend erörtert. Als Delegierter zum Kongress wurde der Vorsitzende gewählt. Die Wahl des Vororters und des Vorstandes ergab die Wiederwahl als Vorort mit dem jetzigen Vorstand. Ein Vortrag über „Die elektrische Beheizung der Sechsmaschinen“ führte zu einer umfangreichen Debatte und brachte manch technische Frage zur Erörterung. Unter „Verschiebenem“ wurde das Verhalten einiger Kuchkollegen gegenüber Verband und Sparte beleuchtet. Im Herbst sollen Bezirksversammlungen abgehalten werden. Als Ort der nächsten Versammlung der Gauvereinigung wurde Eisenach in Aussicht genommen.

Allgemeine Rundschau

Wälder Lob. Infolge Herzschlags, der ihn auf einem Spaziergang traf, verstarb Kollege **Albert Herzog** in Freiburg i. B. Der Verstorbene war früher ein eifriger Mitarbeiter am „Korr.“ und hat auch innerhalb der Organisation an hervorragenden Stellen gewirkt. Von 1884 bis 1891 war er Kassierer des Gaues Oberrhein und von 1891 bis 1894 Gauvorsteher.

Schiffenprüfung. Vor der Prüfungskommission in Langensalza legten 12 Seher und 2 Drucker die Schiffenprüfung ab. Von den Sehern erzielten im Theoretischen alle 12 „Gut“, im Praktischen 5 „Gut“, 7 „Genügend“, von den Druckern alle beide im Praktischen wie Theoretischen „Gut“.

„Buchdruckerwoche“ und Selbe. Im Sprechsaal der Nr. 20 der „Buchdruckerwoche“ schloß sich ein gewisser Severin, seines Zeichens ein Berliner Buchdrucker, in echt gelber Präsenzdreschermanier über den 1. Mai, den Achtfundentag und die Arbeiter, speziell die Buchdrucker, aus. Schon einmal hat eine Wetterfahne, genannt Severin, in der Buchdruckerbewegung eine recht fragwürdige Rolle gespielt; möglich, daß es sich bei dem Kritiker in der „Buchdruckerwoche“ um ein und dieselbe Person handelt. Der 1. Mai als Weltfeiertag hat es ihm angetan. Aus der Froshperspektive beurteilt er den hohen Gedanken der Völkerbrüderung und plappert dabei nur nach, was ihm von erklärten Arbeiterfeinden oder von gelben Drantschieren eingeprügelt wurde. Mit der „internationalen Brüderlichkeit“ soll es schlecht bestellt sein. Darüber will der olle ehrliche Severin als Preuße und reisender Buchdrucker im Auslande schlechte Erfahrungen gemacht haben. Selbst in Hannover, Braunschweig, Bayern, aber auch in Sachsen sei der „Preuße“ nicht beliebt, selbst bei den Arbeitern nicht. In ähnlicher „überzeugender“ Weise legt er los gegen den Achtfundentag und verallgemeinert bei dieser Gelegenheit Verköße auf Arbeiterseite, die vereinzelt vorkommen sein mögen. Doch Severin selbst — kein Engel ist so rein —, er weiß sich zu trösten: „Wird der Achtfundentag auch zu Grabe getragen, das so sicher, wie zwei mal zwei vier ist, der deutsche Arbeiter bleibt deswegen doch am Leben. Er ist, wie keiner einer andern Nation, im wahren Sinne des Wortes, ein Arbeitserb.“ Die Lethität und Leistungsfähigkeit des deutschen Arbeiters ist weltbekannt und erhält darum auch der deutsche Arbeiter im Auslande den Vorzug. „Wenige Zeilen vorher schrieb dieser Deutschverderber noch das Gegenteil. Am Schlusse seines Vortrags kommt Severin dann auf die goldenen Berge und den Himmel auf Erden zu sprechen, die angeblich den Arbeitern von ihrer Gewerkschafts- und Parteiführern versprochen werden. Hier erhebt der gelbe Sprücheklopper warnend seine Stimme: „Der kluge Arbeiter durchschaut das ganze Truggebilde; er läßt sich nicht von den Volksbehlidern an der Nase herumführen.“ Da liegt der Nase im Pfeffer! Der Zweck der ganzen Etlübung in der „Buchdruckerwoche“ besteht ja darin, das Vertrauen in die Führer zu untergraben und die Arbeiter irre zu machen in ihrer gewerkschaftlichen Überzeugung, um sie desto leichter in das Lager der Gelben hinhinzuweisen. Diese Treischausnemdische der Scharfmacher schiden sich neuerdings an, im Buchdruckgewerbe eine größere Rolle zu spielen, als es bisher der Fall war. Über alle dahin abzielenden Maßnahmen werden vernünftig sein, selbst dann,

wenn die „Buchdruckerwoche“ ihren sogenannten Sprechsaal noch öfter gelben Schwärmsgeistern à la Severin zur Verfügung stellen sollte.

Schwierige Verhandlungen im Ruhrkampf. Die am 26. Mai aufgenommenen neuen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen Bergarbeitern und Zechenverband gestalteten sich am ersten Tage volla ergablos. In keiner Frage wurde eine Annäherung erzielt. Sozusaßen in zwölfter Stunde richtete die „Bergarbeiterzeitung“ folgende Mahnung an die Regierung: „Die Lage im Ruhrgebiet drängt mit aller Macht zu einer baldigen positiven Entscheidung. Die letzten Wäldschreiten, den Konflikt ohne allzu große Schädigung für die Wirtschaft zu lösen, haben die Zehenherrn ungenutzt vorübergehen lassen. Die Unternehmern sind des Glaubens, daß die Ruhrbergarbeiter infolge Hungers recht bald zu Kreuze kriechen müßten. Weiter sind sie der Hoffnung, daß es den sogenannten radikalen Elementen in Kürze gelingen werde, die Bergarbeitermassen aus den Händen der Verbandsführer ableiten zu lassen. Sie warten darauf, daß die bis heute vorbildlich wirkende Einheitsfront von den kommunistisch-unionistischen Präsenzhelden zerfallen wird. Mögen die Regierenden in Berlin erkennen, daß im Ruhrgebiet keine Zeit mehr verloren gehen darf. Wird den Schwerindustriellen und bolschewistischen Katastrophopolitiken nicht bald und energisch der Weg versperrt, dann kann es in diesem Revier zu Ereignissen kommen, die noch Jahrzehnte hindurch ihren Schatten auf die Entwicklung unres schwer ringenden Volkes werfen müssen. Diese Mahnung rufen wir der Regierung zu in dem Bewußtsein, daß hinter ihr Hunderttausende redlicher, braver Bergarbeiter stehen, die allen Schicksalschlägen aus Trost den Kopf har halten und den Willen zum Sieg bis zur letzten entsehbenden Stunde in sich tragen werden.“ Wenn es den kampfküsternden Berggewaltigen nicht lediglich auf eine Machttroben anläme, wäre es schon längst möglich gewesen, den verneinenden Kampf im Ruhrbergbau durch eine Vereinbarung auf vernünftiger Grundlage zu beenden. Wie übrigens der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 28. Mai mitteilen konnte, ist es am Dienstag mittags zu einem neuen Schiedspruch gekommen. Die Formulierung des umfangreichen Textes hat jedoch so viel Zeit in Anspruch genommen, daß eine Veröffentlichung des Schiedspruchs noch nicht erfolgen konnte.

Ein Zeugnis für den Achtfundentag. In der Oberlausitzer Damastindustrie, die sich in außerordentlich anstößer Wirtschaftslage befindet, herrscht eine derart starke Nachfrage aus dem In- und Auslande, daß nur noch auf Bestellung gearbeitet werden kann. Die Vorratslager sind geräumt, Aufträge für ein reichliches halbes Jahr vorhanden. Dabei wurde von Unternehmenseite vernünftigerweise erklärt, daß man nicht daran denke, den Achtfundentag abzubauen, da man mit diesem gute Erfahrungen gemacht habe und die Arbeiterkraft innerhalb des Achtfundentages außerordentlich gute Arbeit leiste. Ebenso will man von der unrentablen Überstundenarbeit absehen, dafür aber in größerem Umfange Neueinstellungen vornehmen, was teilweise schon geschehen ist. Die Textilindustriellen in der Oberlausitz scheinen demnach beiriffen zu haben, daß auf die Dauer durch eine mechanische Verlängerung der Arbeitszeit weder eine Steigerung, noch eine Verbesserung der Produktion zu erreichen ist. In einer Umstellung der Betriebe und rationaler Maschinenausnutzung erblicken sie vielmehr mit Recht die Mittel, um auch bei achtfundiger Arbeitszeit die Produktion zu steigern.

Die Zahl der Kriegsbefähigten im Weltkrieg. Das Internationale Arbeitsamt in Genf errechnete für die ganze Welt eine Gesamtzahl von etwa zehn Millionen Kriegsbefähigten aus dem Weltkrieg, die sich auf die einzelnen Länder wie folgt verteilen: Deutschland 1 537 000, Frankreich 1 500 000, Großbritannien 900 000, Italien 800 000, Rußland 775 000, Polen 300 000.

Der Auswandererstrom nach Brasilien. Wie wir der deutsch-amerikanischen „Buchdruckerzeitung“ entnehmen, sind im vorigen Jahre insgesamt 39 627 Personen in Brasilien eingewandert. Darunter befanden sich 4423 Deutsche, 739 Österreicher und 384 Schweizer.

Krankheitsübertragung durch Papiergeld. Ergebnisse bakteriologischer Untersuchungen von Papiergeld, die im „Archiv für Hygiene“ veröffentlicht wurden, bestätigen die oft befürchtete Gefahr dieses Geldes als Keimüberträger und mahnen daher zur Vorsicht. Das Papiergeld spielt für die Keimübertragung wahrscheinlich eine größere Rolle als viele andre Gebrauchsgenstände unres täglichen Bedarfs. 446 Geldscheine von verschiedenen Werten und Gebrauchsarab sind auf ihren Bakteriengehalt untersucht worden. Zwischen dem Gebrauchsarab der Scheine und der Zahl und Art der gefundenen Keime bestehen keine Beziehungen. Dagegen hat einen Einfluß die Größe des Papiers: flattere Scheine hatten weniger Bakterien an als gerippten. Andre Versuche wollten feststellen, wie lange Keime, die man zum Experiment auf das Papiergeld brachte, darauf lebensfähig bleiben. Es ergab sich, daß verschiedene Krankheitsreger mehrere Stunden bis viele Tage auf Papiergeld ihre Keimfähigkeit behalten.

Eine Zeitschrift. Eine Zeitung, die noch gefehlt hat, um einem „langen gefühlten Bedürfnis abzuhelfen“, ist die seit kurzem in Paris neu erscheinende „Zeitung für Bettler“. Ihr Inhalt besteht, wie wir dem „Allgemeinen Anzeiger“ entnehmen, hauptsächlich aus einer langen Liste alter Gelegenheiten zu einer reichen Ernte durch Betteln. Wie Hochzeiten, Kindtaufen, Jahrmärkte und sonstigen öffentlichen und privaten Festlichkeiten werden sorgfältig verzeichnet, doch findet man auch allerlei sonstige praktische Winke und Warnungen. Den ständigen Betsehern teilt der Verleger außerdem direkt und nur brieflich die Adressen von wohlthätigen Leuten und ihre Empfangszeit mit, ebenso besondere Veranstaltung für Notleidende, behördliche Wohlfahrtsvereinigungen und Verkaufsanstalten und was alles sonst noch zum „Bald“ admet.

Briefkasten

N. N. in N. Zu spät eingegangen; Nummer war bis auf die letzte Seite schon reetypiert. Werden nachträglich darauf zurückkommen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191. Hoffgasse 42, an welchen von diesem Termin ab alle Anfragen, Zuschriften usw. zu richten sind.

Grane Statistikkarten einfinden!

Spätester Einfindungstermin für Mai: 7. Juni. Eintrag für die Fällung der Kreisloosen: 31. Mai. Auf richtige Frankierung der Statistikkarten ist zu achten!

Gen Oberheim. Mit 1. Juni d. J. tritt Kollege Lindenlaub als Gauvorsitzer zurück. Die Geschäfte gehen über auf seinen Nachfolger Kollegen Karl Sandfort, Freiburg i. B., Hoffgasse 42, an welchen von diesem Termin ab alle Anfragen, Zuschriften usw. zu richten sind.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belagte Adresse):

Im Gau Leipzig 1. der Geher Otto Brand, geb. in Leipzig 1900, ausgl. das. 1917; war noch nicht Mitglied; 2. der Maschinensetzer Walter Grog, geb. in Oberjannetal

Anzeigengebühr: die sechsgespaltene Zeile zu Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 60 Goldpf. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag früh zur jeweiligen nächstfolgenden Nummer. Anzeigenaufgabe möglichst nur durch Einschaltung auf Postfach (Leipzig Nr. 613 20).

Verfallungs-Kalender

März-Beleg-Hallen. Versammlung Sonntag, den 1. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Augustastr.“ Berlin. Kassenprüfer-Versammlung Sonntag, 1. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Dönhofstr. 2. Dresden. Kassenprüfer-Versammlung Sonntag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im „Senebier“, Raulbachstr. — Vorhandenlegen eine Stunde früher. Maiher 1. M. Bezirksversammlung Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr, in Döllmen, Restaurant Sternemann. Anträge umgehend an den Vorsitzenden.

Die Übertragung der Tuberkulose

beschränkt sich fast ausschließlich auf das jugendliche Alter. Der Abwehrkampf gegen diese verhängnisvolle Krankheit muss also während der Wachstumsperiode geführt werden. Als sehr wirksam wird von den Ärzten Kieselesäure empfohlen. Kieselesäure ist in einer von Körper leicht aufnehmbaren Form enthalten in den

Grifonal (D. R. P. a.) Kalk-Malz-Bonbons

die auch die für den Aufbau von Knochen, Muskeln, Gehirn, Nerven und Körperzellen so wichtigen Stoffe Kalk und Phosphorsäure enthalten. In Apoth. u. Drogerie nur in Origin.-Packung erhältlich, sonst gegen Einsendung von 1 G.-M. durch Wiesang & Co., Komm.-Ges., Würzburg-Or.-Nr. 32. Auf Wunsch Gratulobrosch.: „Bedeutung d. Kieselesäure bei Tuberkulose.“

Esperanto! Am Sonntag, dem 1. Juni, früh 9 1/2 Uhr, besichtigt die Leipziger Buchdrucker-„Esperanto“-Gruppe die Leipziger Blindendruckerei nebst Blindenbibliothek. Treffpunkt: Buchgewerbe-Haus, Hofplatzstr. 11, 9 1/2 Uhr. Hierzu ladet alle Esperantobesessenen Kollegen (auch Lernende) ein. S. N.: A. H., Leipzig-N., Charlottenstr. 11 III, 7.

Monotypeanlage

bestehend aus 4 Gießmaschinen, 4-6 Fallern und Zubehör, sofort gegen Bar zu kaufen gesucht. Angebote auch über kleinere Anlagen, mit genauen Angaben unter Nr. 557 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Altidenz- und Inseratensetzer

für sofort gesucht. Fahrgeldvergütung dritter Klasse. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten. W. E. Harig, S. m. b. H., Allenstein (Allensteiner Zeitung).

Altidenzsetzer

selbstständig arbeitende Herren, für sofort oder später in angenehme Dauerstellung gesucht. Gerhard Stalling, Oldenburg i. O.

Tüchtiger Linotypsetzer

für guten Werk- und Zeitungssatz in Tag- und Nachtschicht gesucht. Es wollen sich nur tüchtige Kräfte melden, denen hoher Lohn zugesichert wird. Dremer Druckerei Alliengefellshaus, Bremen, Philosophenweg.

Linotypsetzer

Nur Herren mit längerer Praxis, welche die polnische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrschen, wollen sich melden. Gute Vergütung, Dauerstellung. „Gazeta Olszynska“, Allenstein (Dtsch.).

Buchdruck-Maschinenmeister

in allen Druckarbeiten, insbesondere feinstem Linotypdruck, schließungsfähig, wird in selbständiger, angenehmer Dauerstellung gesucht. G. M. Schreiner, Aue (Erbgeb.).

Schiffsetzer

20 Jahre alt, sucht Stellung. Eintritt sofort. Offerten unter Nr. 559 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Altidenz- (Werk-) und Inseratensetzer

Lebt, in Tag- und Nachtschicht tüchtig, sucht angenehme Dauerstellung. Best. Angebote mit Gehaltsangeben unter Nr. 558 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

1891, ausgl. in Leipzig 1913; die Geher S. Walter Eberhardt, geb. in Leipzig 1902, ausgl. das. 1920; 4. Walter Koberkötter, geb. in Leipzig-Lindenau 1903, ausgl. in Leipzig 1923; 5. Ulrich Wittenburger, geb. in Dörfendorf 1904, ausgl. in Leipzig 1923; 6. Alfred Pöhlter, geb. in Leipzig-Vollmarsdorf 1907, ausgl. in Leipzig 1906; 7. Max Richter, geb. in Neudörfelnd 1913, ausgl. in Grimma 1901; 8. Fritz Schmitz, geb. in Leipzig-Lindenau 1902, ausgl. in Leipzig 1921; 9. Max Schreiermann, geb. in Witten 1906, ausgl. in Wroben 1911; die Drucker 10. Max Schreiermann, geb. in Leipzig-Reinischdörfel 1907, ausgl. in Leipzig 1918; 11. Kurt Wagner, geb. in Leipzig-Vollmarsdorf 1908, ausgl. in Leipzig 1917; 12. Walter Neuschäfer, geb. in Leipzig 1905, ausgl. in Leipzig 1914; 13. Georg Schröder, geb. in Leipzig-Lindenau 1900, ausgl. in Leipzig 1919; 14. Richard Staller, geb. in Bismarckstr. 1903, ausgl. das. 1904; 15. der Geher Willi Böhm, geb. in Zweinaunberg 1903, ausgl. in Leipzig 1922; 16. der Stereotypsetzer Willi Seelig, geb. in Leipzig 1898, ausgl. das. 1905; waren schon Mitglieder. — L. Seiffenbach in Leipzig, Brüderstraße 9 I.

Stempelschneider, langjährige Kraft, Maschinensetzer, welcher größtes Interesse für die gesamte Stempelherstellung hat und sich im Buchstaben ausbilden möchte, sucht Dauerstellung in Leipzig oder Umgebung. Best. Angebote unter Nr. 607 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Tüchtiger erster Maschinenmeister in mittleren Jahren, erkl. Masch.-u. Apparatek.-u.-pfeleger, Illustrations-, Werk-, Plattenbrücker, mit Rotations- u. Zwickelmaschinen, vertraut, sucht Vertriebsstellung als Leiter in kleiner od. mittl. Druckerei in Leipzig od. dessen nächst. Umg. Offerten unter Nr. 589 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Maschinenmeister 20 Jahre alt, mit fränkischer Rotation, Schnellpresse, Königsbogenanleger, Tegel bestens vertraut und an durchaus selbstständiges Arbeiten gewöhnt, sucht sich (eventuell u. Auszubildung an Offset) in angenehme und dauernde Stellung zu veranlassen. Angebote unter Nr. 592 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Maschinensetzer für Typograph U-B sofort gesucht. Kurt Kother, Palma.

Monotypiegesetzter guter Maschinenkennner, sofort gesucht. August Peles, Leipzig, Brüderstraße 59.

Egal wohin Zwei jüngere, tüchtige Scheifsetzer mit allen vorkommenden Facharten bestens vertraut, möchten sich verändern. Best. Offerten unter Nr. 584 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Draslau - Berlin Vornachrichtendruckerei Schriftsetzer 20 J. alt, sucht 1. 2. o. 16. Juni Stell. in größ. Druckerei, wo er sich i. all. noch Arb. verk. ausb. kann. Best. Angeb. b. 31. Mai an Willi Blumel, Greiffenberg i. Schl., Bahnhofstraße 3. Edelh - Kienitz

Typographsetzer (A), 21 J. alt, 8 Mon. Praxis, wünscht sich zu verändern, wo ihm Gehalt, geb. ist, sich i. Mech. d. Masch. u. verw. v. Holz als Meist. (ev. Ausb. an Linotypen) best. Off. u. Vergütung, unt. Nr. 585 an d. Geschäftsst. d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Egal wohin Tücht. Maschinenmeister fern im best. Werk, gutent., Illustrationsdruck, best. vert. mit mod. Schnellpressen, in der Lage, u. Tücht. zu verändern. Angebote unter Nr. 586 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Sachwerkzeuge in nur bester Qualität. Th. Kelbius Nachfolger, Stuttgart, Postfach 418.

Rastierklängen gratis sendet an Selbstbediener 6091 Freys Spezialhaus, Berlin SW 48 176.

Die Belegungsbrüche der Gemeinschaft für Elternfreunde i. eleganter Mappe kosten 1 M. Das Orientierungsmaterial wird kostenlos zugestellt u. wird bei Bedarf, Braunschweig, Schornhorststraße 10.

Ankeruhr vernickelt 4 M., verstell. m. Goldr. 5 M., mit def. Werk 6,50 M. Sprungbedeck. Uhr, wie echt Gold, 12,50 M. Damenuhr, verstell. mit Goldr., 7,50 M. Rembrandt 7,75 M. Kanariette, verstell., 1,50 M. Best. Nachr. Gesamtgeschäft. Fr. Heineke, Braunschweig, Geilstraße 3. 1606

Maschinenband sowie alle Druckereizustellen liefern: Degner & Mohl, Dörfelndorf, Graf Adolffstr. 112.

Zeilenmaße mit typographischer Einleitung in jeder Ausführung. Stahlfarbmaße 3,40 u. 10,25 Maßstäbe 1,20 u. 1,80 Zeilenmaße, Glanzkart. 50 Zeilenmaße, Neufelder 3,25 Zeilenmaße, Holz, dreifarbig 4,50 Goldmark. Verl. des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstraße 3. Postfachkonto 534 30

Johanneseff-Prologe 6 an der Zahl, für 1 M. franko. K. Siegel, München 9, Kolonnenstraße 1.

Am 15. Mai verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker Franz Völkner aus Dörfelndorf, im Alter von 38 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Obersterin Remscheid S. V. Garmen